

Fragen

für die Fragestunde der 73. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Januar 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Köhler, Lukas, Dr. (FDP)	6
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 14
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 65
Brandner, Stephan (AfD)	24, 25	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64
Brandt, Michel (DIE LINKE.)	22, 26	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	19, 27	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 52
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	28, 29	Luksic, Oliver (FDP)	61
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 70	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	58
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72, 73	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	36, 37
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	34, 35	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Herbst, Torsten (FDP)	1, 68	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	23
Hoffmann, Bettina, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 55
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	8, 9	Renner, Martina (DIE LINKE.)	45
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	15, 38	Reuther, Bernd (FDP)	43, 62
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	16, 51	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 71
Jung, Christian, Dr. (FDP)	66, 67	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	11, 12
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 32		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	4
Skudelny, Judith (FDP)	2, 3	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	49, 50
Werner, Katrin (DIE LINKE.)	56, 57		
Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	30, 31		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	22

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

1. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Kann die Bundesregierung Medienberichte bestätigen, wonach auf Grundlage eines Vertrags zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin Zahlungen an die Co-Vorsitzende der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Dr. Barbara Praetorius, vereinbart wurden, die über eine monatliche Aufwandspauschale von 681,75 Euro sowie die Erstattung von Reisekosten hinausgehen (www.focus.de/politik/deutschland/zahlungen-von-bundesministerium-sondervertrag-stinkt-zum-himmel-gehaltsaffaere-um-vorsitzende-der-kohlekommission_id_10112896.html?rnd=26408ab002324336c71fff997ef7a154), und wenn ja, welche Zahlungen, Aufwands- oder sonstigen Entschädigungen oder Leistungen für persönliche Mitarbeiter sind dies?

2. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die bundesweite Empfehlung des Ausschusses für Innenraumrichtwerte (AIR) in Bezug auf die NO_x-Richtwerte, und welche Handlungsempfehlungen leitet sie daraus ab?

3. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung das Verbot von privaten Feuerwerken zu Silvester als mögliche Maßnahme zur Einhaltung der von der Bundesregierung festgelegten Feinstaubgrenzwerte?

4. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Welche gesetzgeberischen Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, damit sich illegale Ablagerungen wie die von Ölpellets aus einer BP-Raffinerie der Ruhr Oel GmbH in Gelsenkirchen in der dafür ungeeigneten Tongrube Mühlenberg im nordrhein-westfälischen Hünxe/Schermbeck nicht wiederholen und BP als Erzeuger der Ölpellets in vollem Umfang für die Auskofferung der Tongrube finanziell aufkommt (www.wr.de/wirtschaft/wirtschaft-in-nrw/oelpellet-grenzwert-ueberschritten-uniper-und-bp-unter-druck-id216163109.html sowie www.

waz.de/wirtschaft/wirtschaft-in-nrw/illegal-entsorgte-oelpellets-von-bp-bleiben-in-einer-tongrube-id216139675.html)?

5. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, das von Bundesumweltministerin Svenja Schulze im Dezember 2018 angekündigte Verbot von Wegwerfbechern aus Styropor auch auf Wegwerfbecher aus Plastik oder kunststoffbeschichteter Pappe auszuweiten (bitte begründen), und welche weiteren Maßnahmen prüft die Bundesregierung, um den Verbrauch von Einwegbechern insgesamt zu reduzieren?
6. Abgeordneter
Dr. Lukas Köhler
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass nach der vom Bundesumweltministerium in der Antwort der Bundesregierung vom 9. Januar 2019 auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/6961 angeführten abgeschlossenen Gesetzgebung zum EU-Emissionshandel und Effort-Sharing für die Handelsperiode von 2021 bis 2030 in Artikel 24 der Emissionshandelsrichtlinie explizit die Aufnahme weiterer Sektoren in einem oder mehreren Mitgliedstaaten auch während einer laufenden Handelsperiode sowie in Artikel 10 der Effort-Sharing-Entscheidung die daraus resultierende Anpassung der Emissionsobergrenzen in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels vorgesehen ist, und inwiefern stellt aus Sicht der Bundesregierung die abgeschlossene Gesetzgebung vor diesem Hintergrund ein Hindernis für die Nutzung der in Artikel 24 der Emissionshandelsrichtlinie vorgesehenen Möglichkeit zur Ausweitung des EU-Emissionshandels auf weitere Sektoren in Deutschland und ggf. weiteren Mitgliedstaaten dar?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

7. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen konkreten Erkenntnissen bezüglich einer möglichst raschen Umstellung des Forschungsreaktors FRM II auf Brennstoff mit deutlich geringerer Anreicherung als bislang – beispielsweise auf verfügbaren Uransilicid-Brennstoff mit einer Dichte von 4,8 g U/cm³ als ersten Zwischenschritt – sind die Bundesregierung und das Bayerische

Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (StMWK) bei ihrem Gespräch am 18. Dezember 2018 gelangt, und welche Schritte wurden für die kommenden Monate zwischen dem Bund und dem Freistaat Bayern für die Umstellung vereinbart (bitte detailliert nach Brennstoffalternativen und jeweiligem Datum aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

8. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den auf dem G20 Investment Summit in Berlin angekündigten Entwicklungsinvestitionsfonds zügig umzusetzen, und wurden die Ergebnisse des G20 Investment Summit inkl. dieses Entwicklungsinvestitionsfonds nochmals beim G20-Gipfel in Buenos Aires thematisiert (www.handelsblatt.com/politik/international/foerderung-merkel-kuendigt-investitionsfonds-fuer-afrikanische-staaten-an/23247964.html?ticket=ST-1406956-dP3BLZ-BiK4IyGXdOqXQH-ap1)?
9. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, inwieweit die Projekte, die aus dem internationalen Klimafonds (Green Climate Fund) finanziert werden, auf Wirksamkeit bzw. tatsächlich eingesparte Tonnen CO₂ überprüft werden, und gibt es ein Ranking der Maßnahmen nach Wirksamkeit (www.handelsblatt.com/politik/international/klimagipfel-in-kattowitz-umweltministerin-schulze-sagt-weitere-1-5-milliarden-euro-fuer-klimafonds-zu/23710988.html?ticket=ST-1403314-6jTvA6JoKqvNnr9ggNqi-ap1)?
10. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zum Hintergrund des Rücktritts von Weltbank-Präsident Jim Yong Kim (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weltbank-praesident-kuendigt-ueberraschend-seinen-ruecktritt-an-15977368.html), und kann

sie sich vorstellen, bei der Wahl seiner Nachfolge für eine/n nicht aus den USA stammende/n Kandidaten oder Kandidatin zu stimmen?

11. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Warum hält der Persönliche Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in einem BBC-Interview von November 2018, in dem Günter Nooke als Afrikaminister der Bundesregierung bezeichnet wird, an dem Konzept der „charter cities“, d. h. der Einrichtung von exterritorialen Städten auf afrikanischem Boden, die Migrantinnen und Migranten aufnehmen und wirtschaftliches Wachstum bringen sollen, fest (www.bbc.com/news/world-africa-46017551), obwohl die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 173 auf Bundestagsdrucksache 19/5282 klargestellt hatte, dass dieses Konzept von der Bundesregierung nicht verfolgt werde, und inwieweit sind die öffentlichen Äußerungen von Günter Nooke insgesamt mit dem Bundeskanzleramt und dem BMZ abgestimmt, insbesondere auch angesichts und nach der großen Kritik, die Nookes Verharmlosung der Kolonialzeit in Afrika in einem „B.Z.“-Interview in der deutschen Öffentlichkeit ausgelöst hatte (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/vertreter-der-bundesregierung-rassismus-vorwurf-gegen-afrikabeauftragten-nooke/23170868.html)?

12. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Welche neuen Erkenntnisse hat die von der KfW in Auftrag gegebene Forschung einer Studiengruppe des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE) zur sozialen und menschenrechtlichen Situation im und rund um den Nationalpark Lobéké in Kamerun (Bundestagsdrucksache 19/2750, Antwort zu Frage 18) nach Informationen der Bundesregierung zu Tage gefördert, und wie werden sich diese und andere in jüngster Zeit gesammelten Erkenntnisse zum Komplex Schutzgebietsförderung und Menschenrechtsverletzungen in die Arbeit und Finanzierungen der Bundesregierung und der KfW in diesem Bereich auswirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

13. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Grundsteuermodell bzw. welche Grundsteuermodelle vertritt die Bundesregierung nach der Kritik der Union am Vorschlag des wertabhängigen Modells (vgl. „Union zerlegt den Grundsteuerplan von Scholz“, FAZ vom 10. Januar 2019) gegenüber den Ländern in den Verhandlungen um eine Reform der Grundsteuer, und wie wird sie gewährleisten, dass neben den Ländern auch dem Deutschen Bundestag als Bundesgesetzgeber ein entsprechender Beratungsvorlauf bis zur Verabschiedung der Grundsteuerreform, gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 10. April 2018 spätestens zum Ende des Jahres, eingeräumt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

14. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um möglichst schnell in Erfahrung zu bringen, inwiefern genau insbesondere grenznahe Atomkraftwerke von dem mutmaßlich auch von einem hiesigen Ort ausgehenden Hackerangriff auf den französischen Baukonzern Ingérop betroffen sind (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 19/6828), und welche Erkenntnisse hat sie darüber, inwiefern Ingérop selbst durch konzerninterne Maßnahmen das Ausmaß der Betroffenheit der von dem Hackerangriff betroffenen Atomanlagen klären wird (vgl. vorgenannte Antwort; ggf. bitte möglichst mit Angabe der Zeitschiene)?
15. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Ergebnis bemühte sich das Auswärtige Amt in Kairo „mit Nachdruck“ um die Aufklärung der Fälle von vermissten deutschen Staatsangehörigen (vgl. die Aussage des Sprechers des Auswärtigen Amtes, Christofer Burger, auf der Bundespressekonferenz am 7. Januar 2019), die auf den Flughäfen in Luxor und Kairo verschwunden sind und von denen angenommen wird bzw. teilweise bestätigt wurde, dass sie an den Flughäfen von Behörden verschleppt wurden („Zwei Deutsche in Ägypten verschwunden“, www.tagesspiegel.de vom 9. Januar 2019), und welche

Maßnahmen wurden oder werden im Rahmen des deutsch-ägyptischen Migrationsabkommens von 2017 mit ägyptischen Behörden zur Grenzkontrolle sowie Dokumenten- und Urkundensicherheit an Flughäfen bzw. Luftsicherheitskontrollen durchgeführt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/2792 zu Frage 3; bitte Titel, Teilnehmer und Durchführende nennen)?

16. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Durch welche konkreten Maßnahmen (bitte genau mit Datum und Inhalt auflisten) wurde bzw. wird das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 13. Dezember 2018 (C-412/17 und C-474/17) umgesetzt, wonach die deutsche Rechtslage, die privaten Beförderungsunternehmen eine sanktionsbewährte Pflicht zur Kontrolle von Reisedokumenten auferlegt, gegen Unionsrecht verstößt, und welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung bzw. die Bundespolizei aus dem genannten Urteil in Bezug auf die strafrechtliche Verfolgung von Taxifahrenden oder Mitfahrgemeinschaften, denen nach meiner Auffassung ebenfalls keine Verpflichtung zur Kontrolle von Reise- oder Aufenthaltsdokumenten bei Fahrten im Schengenraum auferlegt werden kann (bitte ausführlich begründen, insbesondere auch, falls die Bundespolizei immer noch entsprechende Hinweismerkblätter für Taxifahrer anbieten sollte; vgl. hierzu die Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1791)?

17. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung eine Verlängerung des § 13b des Baugesetzbuches (BauGB), und wenn ja, auf welcher fachlichen Grundlage?

18. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung eine Evaluierung der Auswirkungen des § 13b BauGB, und wenn nicht, warum nicht?

19. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass im Zuge der Vorstandswahlen der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) am 4. Januar 2019 drei der sieben gewählten Vorstandsmitglieder Vertreter beziehungsweise Beamte der türkischen Religionsbehörde Diyanet in Ankara sind – darunter unter anderem der neue DITIB-Vorsitzende Kazım Türkmen, der zwischen 2014 und 2017 als ranghoher Beamter für das Diyanet und im Beirat für religiöse Angelegenheiten der türkischen Botschaft in Berlin tätig war, sowie sein Stellvertreter Ahmet Dilek, der 2016 bei der Spionageaffäre der zuständige Religionsattaché im Kölner Konsulat der Türkei, und den sechs Staatsdienern, gegen die die Staatsanwaltschaft ermittelte, vorgesetzt war – und vier DITIB-Funktionäre aus Deutschland sind (www.tagesschau.de/inland/ditib-143.html), und lässt sich nach Kenntnis der Bundesregierung erkennen, dass sich die von der Bundesregierung in Gesprächen mit der DITIB mit Nachdruck verliehene Erwartung erfüllt, dass sich die DITIB organisatorisch, personell und finanziell stärker von der Türkei löst (Bundestagsdrucksache 18/12470, Antwort zu Frage 17)?
20. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass die vorübergehende Unterbringung von zwangsweise nach Afghanistan Rückgeführten, die keine Verwandten in Kabul haben, nur noch maximal fünf Tage beträgt und nicht mehr 14 Tage (<http://files.returningfromgermany.de/files/erin-afghanistan-leaflet-dl.pdf>), und gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung auch in Herat oder Masar-e Sharif vorübergehende Unterbringungsmöglichkeiten durch internationale Hilfsorganisationen wie IRARA (International Returns and Reintegration Assistance)?
21. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Besteht nach Kenntnis der Bundesregierung für nach Afghanistan abgeschobene Personen, die nur über ein Laissez-Passer verfügen, die Möglichkeit, mit diesem Laissez-Passer direkt einen Inlandsflug von Kabul nach Herat oder Masar-e Sharif anzutreten, und ist eine Übernahme der Transportkosten für diese Personen durch IRARA oder IOM (Internationale Organisation für Migration) vorgesehen?

22. Abgeordneter
Michel Brandt
(DIE LINKE.)
- In welchem zeitlichen Rahmen sollen die im Dezember 2018 von dem Rettungsschiff „Sea-Watch 3“ aus dem Mittelmeer geretteten Geflüchteten, die sich jetzt auf Malta befinden, nach Deutschland gebracht werden, und welche Behörden sind nach Kenntnis der Bundesregierung an der Durchführung des Verfahrens zur Aufnahme beteiligt?
23. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Welche Teile der Bundesregierung haben im Verhandlungsprozess um die Aufnahme der von der deutschen Sea-Watch-3-Mission am 22. Dezember 2018 im Mittelmeer aus Seenot geretteten Menschen teilgenommen, und inwieweit sieht die Bundesregierung die Dauer der Verhandlungen mit dem Grundsatz, dass Schiffe das Recht haben, in Seenot Gerettete bei konkreter Gefahr für diese in einen sicheren Hafen zu bringen (vgl. Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages – WD2-3000-068/17, Nummer 2.2.4), für vereinbar?
24. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Bundesländer haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung bereit erklärt, zuletzt in den Schiffen der Organisationen „Sea-Watch“ und „Sea-Eye“ nach Malta übergesetzte, sowie weitere Ende Dezember 2018 von der maltesischen Küstenwache nach Malta gebrachte Asylbewerber aufzunehmen (vgl. Flüchtlinge dürfen in Malta an Land gehen, in: Frankfurter Rundschau vom 10. Januar 2019), und welche Absprachen hat es diesbezüglich zwischen der Bundesregierung und den jeweiligen Landesregierungen gegeben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

25. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit über den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM) hat die Bundesregierung betrieben in der Zeit zwischen dem Beginn der Verhandlungen und der laut der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 5 in der Fragestunde vom 28. November

2018 (Plenarprotokoll 19/67) angegebenen, erstmals am 8. März 2018 erfolgten Berichterstattung über den Verhandlungsstand?

26. Abgeordneter
Michel Brandt
(DIE LINKE.)

Welchen Wissensstand hat die Bundesregierung über den gesundheitlichen Zustand des auf der Gefängnisinsel Imrali in der Türkei inhaftierten Abdullah Öcalan, und inwieweit wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass eine Delegation des Antifolter-Komitees des Europarates Abdullah Öcalan und die inhaftierte Abgeordnete der Großen Nationalversammlung Leyla Güven, die sich seit dem 7. November 2018 in einem unbefristeten Hungerstreik für ein Ende der Isolation Öcalans befindet, besucht (<https://anfdeutsch.com/aktuelles/leyla-gueven-ohne-kontakt-zu-ihren-anwaelten-8826>)?

27. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche eigenen Erkenntnisse (auch nachrichtendienstlichen) liegen der Bundesregierung vor, dass Russland das Abkommen über das Verbot der Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) gebrochen habe, indem es einen verbotenen Marschflugkörper entwickelt und in seine Streitkräfte eingeführt hat und somit der Schlüssel, um den INF-Vertrag zu bewahren, in Moskau liege (dpa vom 6. Januar 2019), und trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass mit den in Rumänien bisher auf Kriegsschiffen stationierten Startgeräten MK41 für die Raketenabwehr, die demnächst auch in Polen stationiert werden, mittels einer Änderung in der Software an Land auch weitreichende Marschflugkörper abgefeuert werden können, also landgestützte Systeme sind, die Raketen abfeuern können, die genau im INF-Bereich (Reichweite zwischen 500 und 5 500 Kilometern) liegen, was eine Verletzung des INF-Vertrags darstellt (www.ndr.de/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript696.pdf)?

28. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)

Welche unterstützenden Maßnahmen leistet die Bundesregierung gegenüber den italienischen Behörden, um die Rückgabe des Stillebens von Jan Van-Huysum „Blumenvase“ zu ermöglichen, das während der NS-Zeit aus der Galleria Palatina in Florenz geraubt wurde, und hält die Bundesregierung eine Beschlagnahmung des Gemäldes von den Personen, in deren Besitz sich das Gemälde

derzeit befindet, auf Antrag der italienischen Behörden für zulässig (www.tagesschau.de/ausland/uffizien-101.html)?

29. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Sachstand der Bearbeitung der Anfrage der Staatsanwaltschaft von Florenz vom 30. Juli 2018 beim Bundesamt für Justiz bzw. der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main zur Ermittlung des gegenwärtigen Standortes des Gemäldes, im Rahmen zivilrechtlicher oder kulturgüterrechtlicher Herausgabeverfahren, gemäß der EU-Richtlinie Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen, vor (www.tagesschau.de/ausland/uffizien-101.html)?
30. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung auf die Drohung des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping in dessen Neujahrsansprache gegenüber Taiwan reagieren, beide Länder notfalls mit militärischen Mitteln zu vereinigen?
31. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Dezember 2018 zu dem Jahresbericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festgehaltenen Unterstützung „für die sinnvolle Beteiligung Taiwans an internationalen Organisationen, Mechanismen und Aktivitäten“?
32. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Zweifel der kongolesischen Kirchen sowie des französischen Außenministeriums an der Rechtmäßigkeit des Wahlergebnisses der Präsidentschaftswahlen in der Demokratischen Republik Kongo (www.tagesspiegel.de/politik/wahlergebnis-umstritten-historischer-machtwechsel-im-kongo-mit-vielen-fragezeichen/23851616.html), und wird die Bundesregierung den zum Wahlsieger erklärten Félix Tshisekedi nach seiner geplanten Vereidigung am 18. Januar 2019 als Regierungschef anerkennen, obwohl die

Wahlen in den von der Wahl ausgenommenen Bezirken erst im März 2019 nachgeholt werden sollen?

33. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Zahlungen wird Deutschland nach Schätzung der Bundesregierung voraussichtlich in den Jahren 2018 und 2019 an den „United Nations Voluntary Fund for Torture Victims“ leisten, und wie viele Haushaltsmittel sind hierfür veranschlagt (mit Nennung des Haushaltstitels)?

34. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung politische Initiativen auf UN-Ebene ergreifen, um einen drohenden erneuten – nach meiner Auffassung völkerrechtswidrigen – Einmarsch der Türkei in den Norden Syriens zu verhindern (www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-donald-trump-will-von-recep-tayyip-erdogan-garantien-fuer-kurden-a-1246679.html), und wie bewertet sie vor diesem Hintergrund inzwischen die türkische Besatzung der Region um die Stadt Afrin im Norden Syriens?

35. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung eine politische Initiative auf UN-Ebene ergreifen, damit der Fall des sich seit über sechs Jahren in der ecuadorianischen Botschaft in London befindlichen Journalisten Julian Assange (www.merkur.de/politik/wikileaks-gruender-assange-so-schlecht-geht-es-ihm-nach-acht-jahren-im-exil-zr-10906303.html) humanitär gelöst und eine Auslieferung an die USA verhindert wird, und welche Auswirkungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Novellierungen der Richtlinien zur US-Militärgerichtsbarkeit (www.whitehouse.gov/presidential-actions/2018-amendments-manual-courts-martial-united-states/), die am 1. Januar 2019 in Kraft getreten sind, auf den Fall von Assange, gegen den in den USA ein lange geheim gehaltener Haftbefehl besteht (www.sueddeutsche.de/politik/whistleblower-offenbar-geheime-anklage-gegen-wikileaks-gruender-assange-1.4213860)?

36. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über einen von israelischen Siedlern begangenen Angriff gegen Mitglieder der palästinensischen Nichtregierungsorganisation (NGO) „Youth against Settlements“ vor, bei der etliche Mitglieder der NGO verletzt wurden (<https://972mag.com/seven-palestinians-hospitalized-settler-attack-hebron-activists/139442/>), und welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um auf ein Ende der Straflosigkeit in Bezug auf Gewalt israelischer Siedler gegen palästinensische Zivilisten und speziell in diesem Fall hinzuwirken?
37. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung zum Stand des Prozesses gegen die saudi-arabische Menschenrechtsanwältin Israa al-Ghomgham vor, in deren Fall die saudi-arabische Staatsanwaltschaft die Todesstrafe wegen der Teilnahme an Demonstrationen, des Filmens von Demonstrationen und der Veröffentlichung der Videos in sozialen Netzwerken gefordert hat (www.zeit.de/politik/ausland/2018-08/saudi-arabien-amnesty-international-todesurteil-menschenrechtler-hinrichtung-israa-al-ghomgham), und welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um auf die Freilassung von Israa al-Ghomgham oder zumindest die Forderung einer mildereren Strafe hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

38. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Details kann die Bundesregierung dazu mitteilen, wann sie zur Verwendung der ursprünglich für Saudi-Arabien gedachten Patrouillenboote, die von der Fr. Lürssen Werft GmbH & Co. KG in Wolgast gebaut werden, Gespräche mit dem Zoll, der Marine, der Bundespolizei sowie der EU-Grenzschutzagentur Frontex aufgenommen bzw. geführt hat („Bundesregierung sucht neue Abnehmer für Kriegsschiffe“, www.spiegel.de vom 3. Januar 2019), und wie haben die angesprochenen Behörden darauf reagiert

- (sofern die Reaktion grundsätzlich positiv war, bitte das Interesse bzw. den Bedarf der Behörden erläutern)?
39. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung von einer Steigerung der Gasnetzentgelte durch die Inbetriebnahme der EUGAL-Gaspipeline aus (bitte begründen), und falls ja, in welchem Umfang?
40. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche finanziellen Mittel durch Bund, Länder und EU (bitte einzeln aufschlüsseln) sind nach Kenntnis der Bundesregierung bisher für Abscheidung, Transport und Speicherung von CO₂ mittels der CCS-Technologie seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid für Projekte ausgegeben worden, und gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung die Genehmigung oder den Bau einzelner Demonstrationsprojekte (bitte benennen)?
41. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung, die fehlenden Angaben im Integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/entwurf-des-integrierten-nationalen-energie-und-klima-plans.pdf?__blob=publicationFile&v=6) zum Maßnahmenprogramm 2030 sowie zu den Ergebnissen aus den Kohle- und Verkehrskommissionen an die EU-Kommission nachzureichen, und zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung, den Bundestag und die Zivilgesellschaft zur Erarbeitung des finalen Berichts zu konsultieren, wie in Artikel 10 der Governance-Verordnung der EU vorgesehen ([https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52016PC0759R\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52016PC0759R(01)&from=EN))?
42. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die im September 2018 angekündigte Gebäudekommission einsetzen, welche bereits im Oktober oder November 2018 hätte tagen sollen (www.enbausa.de/finanzierung/aktuelles/artikel/regierung-will-nun-doch-eine-gebaeude-kommission-6087.html), und welchen

- Personen- bzw. Institutionenkreis plant die Bundesregierung, für die Kommission als Mitglieder einzuladen?
43. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP) Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts der wirtschaftlich angespannten Lage bei der Fluggesellschaft Germania?
44. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele Diesel-PKW mit der Abgasnorm Euro 5 wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zusammenhang mit der sogenannten Abwrackprämie angeschafft, und besteht nach Einschätzung der Bundesregierung rechtlich die Möglichkeit, dieses staatliche Geld von den PKW-Herstellern zurückzufordern, wenn in diesen Autos eine illegale Abschaltvorrichtung vorhanden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

45. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Auf welche rechtsextremen bzw. rechtsterroristischen Vereinigungen in Deutschland bezogen sich die im Jahr 2018 eingeleiteten Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft (vgl. Bundestagsdrucksache 19/6904, Antwort zu Frage 5; bitte jeweils auflisten nach Vereinigungen und Anzahl der Ermittlungsverfahren)?
46. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Entwicklungspotentiale, Chancen und Risiken sieht die Bundesregierung in den verschiedenen Formen digitaler Unterstützung oder Ersetzung juristischer Tätigkeit (sogenannter Legal Tech), etwa Auswirkungen auf das Berufsbild von Juristinnen und Juristen, auf Wettbewerb, Preisniveau, Transparenz sowie Verbraucherschutz, und zu welchen erkannten Regelungsbedarfen für Legal Tech (etwa im Rechtsdienstleistungsgesetz) wird die Bundesregierung in dieser Wahlperiode Entwürfe vorlegen?

47. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einsatzmöglichkeiten und -perspektiven von sogenannter Legal Tech (zum Beispiel Künstlicher Intelligenz) im Justizbereich zu automatisierter Entscheidungsfindung beziehungsweise Assistenz dabei (etwa in Rechtsprechung, Streitschlichtung, Kriminalitätsprognosen, Strafverfolgung, Strafvollzug, Vertragsprüfung, Juristinnen- und Juristenausbildung), und wie will die Bundesregierung – bei hoheitlicher Nutzung solcher Einsatzoptionen – die darin liegenden Gefahren ausschließen beziehungsweise einhegen?
48. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt es, dass Bundesministerin Dr. Katarina Barley ein „Anti-Fake-News-Gesetz“ nach französischem Vorbild prüft und auch befürwortet, wie Medien berichteten (u. a. die dts-Agentur am 7. Dezember 2018, www.mmnews.de/politik/104346-barley-prueft-anti-fake-news-gesetz), und wenn nein, welche konkreten Maßnahmen sind seit der Vorstellung des Aktionsplans der Europäischen Kommission am 5. Dezember 2018 (JOIN (2018) 36 final) durch die Bundesregierung getroffen worden, um die Sicherheit der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 gegen Desinformation und Manipulation zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

49. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Leistungsberechtigte nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB-II-Leistungsberechtigte) beendeten nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2005 bis 2018 ihren Leistungsbezug aufgrund des Übergangs in den Bezug einer Altersrente?
50. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele SGB-II-Leistungsberechtigte bezogen nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2010 bis 2018 nach Beendigung ihres Leistungsbezuges unmittelbar Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (bitte

zusätzlich separat nach Beziehen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung unterscheiden)?

51. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Warum hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Jahren nicht mehr die aktualisierten Bedarfssätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) jeweils spätestens bis zum 1. November eines Jahres im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben, wie es nach dem eindeutigen Wortlaut der Vorschrift nach § 3 Absatz 4 Satz 3 AsylbLG gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, nach meiner Auffassung dem Bundesministerium fraglos möglich gewesen wäre und mir auch vor dem Hintergrund des Menschenrechts auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 – 1 BvL 10/10 und 2/11) dringend geboten erscheint (bitte ausführlich begründen), und stimmt die Bundesregierung meiner Auffassung zu, dass die nach § 3 Absatz 4 AsylbLG geforderte aktuelle Bedarfsberechnung und Leistungsanpassung nicht davon abhängig gemacht werden dürfen, ob der Bundestag und der Bundesrat einem Gesetz zur Änderung des AsylbLG zustimmen, das weitere – zum Teil strittige – Änderungen enthält, was aber der Fall ist, wenn statt der nach § 3 Absatz 4 AsylbLG geforderten Bekanntgabe aktueller Regelbedarfe im Bundesgesetzblatt diese Anpassung im Rahmen eines umfassenderen Änderungsgesetzes vorgenommen werden soll, wie es 2016 vergeblich versucht wurde und von der Bundesregierung offenbar erneut geplant ist (vgl. Bundestagsdrucksache 18/9985 und die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 52 für die Fragestunde am 12. Dezember 2018, Plenarprotokoll 19/70; bitte ausführlich begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

52. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Verhandlungen über eine „Nationale Strategie zur Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Lebensmitteln“ die Leitsätze des Lebensmittelbuchs, wonach Limonaden ein Zuckergehalt von mehr als 7 Prozent vorgegeben wird, und

wird sie sich angesichts des aktuellen Falls (vgl. www.gruenderszene.de/food/lemonaid-limonade-abmahnung-zucker), in dem eine natürlich hergestellte, zuckerarme Limonade im Zuge dieser Leitsätze nicht mehr Limonade genannt werden soll, für eine Anpassung dieser Leitsätze einsetzen?

53. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab wann und in welcher Höhe drohen Deutschland nach Einschätzung der Bundesregierung erneut EU-Strafzahlungen wegen Mängeln bei der Umsetzung der Nitratrichtlinie (91/676/EWG) durch die Düngeverordnung?
54. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um mögliche Strafzahlungen zu vermeiden und den Verstoß gegen EU-Recht zu beenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

55. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Planungsstand des in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Bedingungen der Unterbringung und der Gewährleistung von Gewalt- und Diskriminierungsschutz gegenüber Frauen und LSBTTI in AnKER-Zentren“ (Bundestagsdrucksache 19/4103, Antwort zu Frage 3) angekündigten Aktionsprogrammes für eine Gesamtstrategie zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, und wann plant die Bundesregierung dieses zu beschließen?
56. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie möchte die Bundesregierung zukünftig sicherstellen, dass der Kinderzuschlag tatsächlich von allen Leistungsberechtigten in Anspruch genommen werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese familienpolitische Leistung nur 5 Prozent der Gesamtbevölkerung be-

kannt ist (vgl. Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland, S. 56)?

57. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen ist mit dem „Starke-Familien-Gesetz“ keine automatische Auszahlung des Kinderzuschlags vorgesehen, um sicherzustellen, dass diese Leistung bei allen Familien ankommt, die sie benötigen und einen Anspruch haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

58. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mängelmeldungen zur Versorgung mit Cannabisblüten haben der Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Marlene Mortler und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte seit August 2018 von Cannabispatienten und -patientinnen per E-Mail erhalten, und was plant die Bundesregierung gegen die Lieferengpässe zu unternehmen?
59. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lauten die aktuellen Überlegungen des Bundesministeriums für Gesundheit zur Reform des morbiditätsorientierten Finanzausgleichs in der gesetzlichen Krankenversicherung, und falls noch keine Überlegungen existieren, wann werden diese vorgelegt?
60. Abgeordnete
**Kordula
Schulz-Asche**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die nicht bereits durch die Wahltarife selbst gedeckten Kosten, die bei den Krankenkassen in Summe für die Wahltarife für Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen anfallen und mit denen im Gesetzentwurf zum Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) die Abschaffung dieser Wahltarife unter anderem begründet wird (der Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 19/6337 spricht hier von mit dem Angebot von Wahltarifen einhergehenden Bürokratieaufwänden, insbesondere für die Erstellung der notwendigen versicherungsmathematischen Gutachten, welche sich

vor dem Hintergrund der geringen Nachfrage der Tarife nicht rechtfertigen würden, TSVG-Kabinettsvorlage, Besonderer Teil, zu Nummer 27 Buchstabe a)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

61. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Was waren für die Bundesregierung die entscheidenden Faktoren für die Vergabe des PKW-Mautsystems an das Konsortium der Firmen Kapsch TrafficCom und CTS Eventim, und wie ist der genaue Zeitplan bis zur endgültigen Inbetriebnahme?
62. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass das System der weltweit anerkannten Containersicherung nach der Havarie des Frachters „MSC Zoe“ in der Nordsee einer Überprüfung unterzogen werden muss?
63. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei wie vielen der rund 5,3 Mio. Diesel-Pkw der Euro-Normen 5 und 6, für die die deutsche Automobilindustrie die Installation von Software-Updates bis zum Jahresende 2018 zugesagt hatte (vgl. www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/170802-ergebnisprotokoll-nationales-diesel-forum.pdf?__blob=publicationFile), wurden die Software-Updates bis zum 31. Dezember 2018 tatsächlich installiert (bitte die Anzahl der installierten Updates nach Herstellern aufschlüsseln)?
64. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das Software-Update für VW-Autos mit 1,2-Liter-Dieselmotoren des Typs EA189, das illegale Abschaltvorrichtungen entfernen sollte, selbst illegale Abschaltvorrichtungen enthält (vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diesel-affe/vw-auch-eine-neue-software-ist-auffaellig-15956920.html), und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, damit das Kraftfahrt-Bundesamt solche illegalen Abschaltvorrichtungen

- gen nicht erst aufgrund eines Hinweises eines Autoherstellers entdeckt, sondern durch eigene Überprüfungen?
65. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen konkreten Modellen wurden nach Annahme der Bundesregierung bei freiwilligen und angeordneten Software-Updates nicht alle illegalen Abschaltvorrichtungen entfernt, und auf wie vielen PKW muss deswegen eine neue Software aufgespielt werden?
66. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Bis wann soll der Entwurf einer Ausnahmereordnung für elektrische Kleinstfahrzeuge ohne Lenk- und Haltestange vorliegen, und wird sich dieser an den Vorgaben des Entwurfs für die Verordnung zu elektrischen Tretrollern orientieren?
67. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Sind die Baukosten für Stuttgart 21 und die Schnellfahrstrecke Wendlingen–Ulm nach Kenntnis der Bundesregierung gegenüber der letzten Genehmigung des Finanzierungsrahmens gestiegen, und wenn ja, auf welche Summe werden diese zum jetzigen Stand beziffert?
68. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Bahnreisende haben im Jahr 2018 Entschädigungsansprüche für Verspätungen gegenüber der Deutschen Bahn AG (DB AG) geltend gemacht, und wie hoch waren die Entschädigungszahlungen an Bahnreisende für Verspätungen der DB AG im Jahr 2018 (bitte jeweils nach Monaten aufschlüsseln)?
69. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Bundesländern hat die DB AG Vereinbarungen getroffen, wonach Beamtinnen und Beamte der Polizei, ggf. unter der Bedingung, dass sie in Uniform und Ausstattung unterwegs sind, Nahverkehrs- und/oder Fernverkehrszüge der DB AG unentgeltlich nutzen dürfen, und wie häufig wurden diese (sich eigentlich nicht im Dienst befindlichen) Polizeiangehörigen in den letzten fünf Jahren (bitte die Zahlen für die einzelnen Jahre darstellen) von Beschäftigten der

DB AG um Mithilfe beispielsweise bei Personalfeststellungen, Konflikten oder anderen Anlässen gebeten?

70. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Züge des Fernverkehrs der DB AG sind im Jahr 2018 auf dem gesamten Fahrtverlauf oder auf Teilen ihres Fahrtverlaufes ausgefallen (bitte absolute Zahl und Anteil an allen Fernverkehrsverbindungen im Jahr 2018 angeben), und welche zehn Fernverkehrslinien der DB AG waren im Jahr 2018 jene Linien mit den meisten Zugausfällen?

71. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den geplanten Lärmschutz an der zu elektrifizierenden Bahnstrecke Regensburg–Hof vorzuziehen (vgl. www.onetz.de/oberpfalz/wiesau/albert-rupprecht-will-laermschutz-gipfel-id2577875.html), und unter welchen Umständen ist die Bundesregierung bereit, mit lokal ansässigen Unternehmen eine gemeinsame Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen gegen aktuell verursachten Lärm durch den laufenden Betrieb der ansässigen Unternehmen und den künftig erwarteten Lärm durch die Elektrifizierung der Bahnstrecke zu bewerkstelligen?

72. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Gründe führt die Bundesregierung an, weshalb der ursprünglich angekündigte Termin Ende des Jahres 2018 für die Fertigstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1 der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (www.dvz.de/rubriken/politik/detail/news/nationale-plattform-zukunft-der-mobilitaet-geht-an-den-start.html) nicht eingehalten wurde, und welche zeitliche Auswirkung hat dies auf die Erarbeitung des angekündigten Klimaschutzgesetzes?

73. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten aktuellen Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Anzahl der noch zu behebenden Mängel am Flughafen Berlin Brandenburg (BER), und welche Unternehmen, die am BER tätig sind, verfügen mittlerweile über eine Bonus-Malus-Regelung in ihren Verträgen?